

## INHALT

- **Klinikpersonal auf Intensivstationen: Ärztegewerkschaft fordert feste Regeln**
- **HIV-Medikamente: US-Konzern hält die Preise hoch**
- **Qualitätsmonitor 2018: Riskante „Gelegenheitschirurgie“ bei Krebs**
- **Verbände mit neuem Standort der Arzneimittelagentur zufrieden**
- **Skandal um gestreckte Krebsmittel: Auszeichnung für Apothekenmitarbeiter**
- **Manipulationen bei Organtransplantation – Kommission zieht positive Bilanz**
- **Mehr Empfängnisverhütung in armen Ländern**
- **Hintergrund: Qualitätsmonitor 2018 – Viele vermeidbare Todesfälle bei Krebs-OPs**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
19. Dezember 2017

## ■ AOK-Verbandschef zum Morbi-Streit: Gesundheitswesen hat dringlichere Probleme

Finanziell geht es der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) so gut wie lange nicht mehr. Dennoch klagen Ersatz-, Betriebs- und Innungskrankenkassen über Ungerechtigkeiten beim **morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich** (Morbi-RSA) der GKV und drohen mit Kassenpleiten. Der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, plädiert für mehr Augenmaß: „Abgesehen davon, dass wir im deutschen Gesundheitswesen weitaus dringlichere Probleme haben, wäre die künftige Bundesregierung gut beraten, sich auf die **Expertise des Wissenschaftlichen Beirats** des Bundesversicherungsamtes zu stützen.“ Der aktuelle Streit sei von Einzelinteressen getrieben. Laut KV45-Statistik des Bundesgesundheitsministeriums weist die GKV nach dem dritten Quartal 2017 einen Überschuss von 2,52 Milliarden Euro aus, die Rücklagen belaufen sich auf 18,6 Milliarden Euro. Einige Kassen werden sogar zum Jahreswechsel ihre Zusatzbeiträge senken. Vom Gesamtüberschuss entfallen auf die Ersatz-, Betriebs- und Innungskrankenkassen rund 1,26 Milliarden Euro, also über die Hälfte. „Die Zahlen sprechen Bände“, so Litsch. „In dieser Situation wirkt es befremdlich, wenn einige Kassenfunktionäre nun einen kurzfristigen politischen Handlungsbedarf herbeizureden versuchen.“ (siehe auch die Grafik auf Seite 6)

Infos: [www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de)

## ■ Ärztliche Vergütung: Kontroverse um Einheitshonorar

Ein Zeitungsinterview des Vorstandsvorsitzenden der Techniker (TK), Jens Baas, hat die Bundesärztekammer (BÄK) auf den Plan gerufen. Baas hatte in der **Rheinischen Post** eine einheitliche Vergütung von Ärzten für Kassen- und Privatpatienten vorgeschlagen, um so den Ärztemangel in ländlichen Räumen zu bekämpfen. Dadurch würden „Anreize verschwinden, die Patienten unterschiedlich zu behandeln“, zitiert die Zeitung den Kassenchef. „Wenn Jens Baas mit seinen Äußerungen ausdrücken wollte, dass die Leistungen im vertragsärztlichen Bereich häufig unzureichend durch die gesetzliche Krankenversicherung honoriert werden, dann kann man dem nur beipflichten“, konterte BÄK-Vorstand Dr. Klaus Reinhardt. Wenn junge Ärzte nicht aufs Land ziehen wollten, dann liege dies nicht an der geringeren Anzahl von Privatpatienten. Oftmals seien hier fehlende kulturelle Angebote, unzureichende Erwerbsmöglichkeiten für Ehepartner oder Einschränkungen bei Betreuungs- und Schulangeboten ausschlaggebend.

Infos: [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

## ZUR PERSON I



Foto: Andrea Katheder

■ **Uwe Klemens**, Versichertenvertreter der „Die Techniker“ (TK), bleibt Vorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen (vdek). Zu seinen Stellvertretern wählte die Mitgliederversammlung Thomas Auerbach (BARMER), Dieter Schröder (DAK-Gesundheit) und Hansjürgen Schnurr (KKH/Kaufmännische Krankenkasse).



■ **Dr. Meinrad Lugan** bleibt Vorstandsmitglied von MedTech Europe, dem europäischen Dachverband der Medizintechnik-Hersteller. Der 53-Jährige ist damit Mitglied des siebenköpfigen neuen „Operations Management Committee (OMC)“. Der neue MedTech-Europe-Vorstand ist für zwei Jahre gewählt. Lugan ist Vorstandschef des deutschen Branchenverbandes BVMed und Vorstand der B. Braun Melsungen AG.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Klinikpersonal auf Intensivstationen: Ärztgewerkschaft fordert feste Regeln

Krankenhäuser müssen verpflichtet werden, ausreichend Personal auf Intensivstationen vorzuhalten, fordert der Marburger Bund (MB), die Vertretung der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte. Die Personalausstattung halte mit der wachsenden Zahl der Intensivpatienten nicht Schritt, warnte MB-Vorstandsmitglied Dr. Susanne Johna auf dem 11. **Nationalen Qualitätskongress Gesundheit** in Berlin. „Die Betreuungsrelation ist zu gering, überlastet Ärzte und Pflegende, erhöht die Fehlerrate und führt zwangsläufig zu Verschlechterungen in der Versorgung.“ Eine zu geringe Anzahl von Pflegenden pro Intensivpatient mache es kaum noch möglich, dem Patienten in seiner schweren, vielfach lebensbedrohlichen Lage gerecht zu werden. „Internationale Untersuchungen belegen, dass schon ein zehn Prozent höherer Anteil examinierter Pflegekräfte eine Reduzierung der Mortalität von chirurgischen Patienten um sieben Prozent bewirkt“, so Johna. Ohne Mindestvorgaben würden zudem Kliniken benachteiligt, die eine ausreichende Personalausstattung haben.

Infos: [www.marburger-bund.de](http://www.marburger-bund.de)

## ■ HIV-Medikamente: US-Konzern hält die Preise hoch

Die Preise für HIV-Arzneimittel haben sich in den letzten 30 Jahren versiebenfacht. Fast eine Milliarde Euro hat die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nach Angaben des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) 2016 für die Behandlung von über 60.000 HIV-Infizierten mit antiretroviralen Medikamenten ausgegeben. Mehr als jeden zweiten Euro der medikamentösen Therapie von GKV-Versicherten setzt die US-amerikanische Pharmafirma Gilead um. Gilead sei in Deutschland zum größten Anbieter für Medikamente gegen HIV-Erkrankungen geworden und halte mit pharmatypischen Schachzügen den Preiswettbewerb von Generika-Konkurrenten klein, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des WIdO, Helmut Schröder. Umsatz-Spitzenreiter bei den HIV-Mitteln war im Jahr 2016 Truvada® von der Firma Gilead. Kurz vor Auslaufen des Patents hat Gilead den Wirkstoff Tenofovir geringfügig modifiziert und mit neuem Patentschutz unter dem Namen Descovy® ähnlich hochpreisig in den Handel gebracht. Gilead wirbt damit, dass Descovy® weniger Nebenwirkungen auf Nieren und Knochen habe. Doch der Gemeinsame Bundesausschuss konnte keinen Zusatznutzen für die Patienten feststellen. Die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) hat darüber hinaus eine Stellungnahme veröffentlicht, nach der die von Gilead durchgeführten Studien einen geringeren Schaden des neuen Produktes nicht belegen. Stattdessen weisen einige Ergebnisse darauf hin, dass es sogar mehr neurologische Nebenwirkungen verursacht.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)

### ZUR PERSON II



■ **Frank-Jürgen Weise** ist neuer Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe. Er folgt auf Arnold von Rümker, der seit 2013 an der Spitze der Organisation stand und nicht erneut kandidiert hatte. Weise war von 2004 bis 2017 Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit. Annette Fenge bleibt Vizepräsidentin. Neu im Amt eines Vizepräsidenten ist Alexander Graf Neidhardt von Gneisenau.



■ **Dr. Guido Wucherpfennig** ist neuer Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK). Die Mitgliederversammlung der DGZMK wählte Wucherpfennig am Rande des Deutschen Zahnärztetages einstimmig zum Nachfolger von Dr. Ulrich Gaa.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Qualitätsmonitor 2018: Riskante „Gelegenheitschirurgie“ bei Krebs

In Deutschland werden zu viele komplizierte Krebs-Operationen in Kliniken durchgeführt, die dafür wegen zu niedriger Fallzahlen keine ausreichende Qualifikation haben können. Das zeigt der Qualitätsmonitor 2018. Die Folge sind zum Teil fast doppelt so hohe Sterblichkeitsraten wie in zertifizierten Zentren. Diese „Gelegenheitschirurgie“ sei nicht akzeptabel, kritisiert der AOK-Bundesverband. „Das Problem lässt sich nur durch die Einführung und konsequente Durchsetzung von OP-Mindestmengen in den Griff bekommen“, sagte Verbandschef Martin Litsch bei der Präsentation des Berichts. Demnach könnte allein die Zahl der Todesfälle infolge von Lungenkrebs-OPs durch die Einführung einer rein rechnerisch ermittelten Mindestmenge von 108 Eingriffen pro Jahr um etwa ein Fünftel sinken. Ähnliches zeigt sich bei anderen Krebs-Indikationen.

Niemand im Krankenhausbereich verweigere sich der Einsicht, dass für spezifische Operationen besondere Erfahrungen von Bedeutung sind, hieß es bei der **Deutschen Krankenhausgesellschaft** (DKG). Bei hochkomplexen Leistungen wie Krebsoperationen seien jedoch Mindestmengen keine alleinige Lösung. Weitere Zahlen und Details im Hintergrund ab Seite 7.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

### KOMMENTAR

Getreter Quark wird breit, nicht stark! Das gilt auch für das regelmäßige Argument der DKG, Mindestmengen seien nicht die alleinige Lösung. „Ja, richtig!“, möchte man den Klinikfunktionären zurufen. „Aber ohne geht's gleich gar nicht.“ Mindestmengen – und damit Erfahrung und Routine – sind die Grundvoraussetzung für qualitativ hochwertige Arbeit. Cristiano Ronaldo und Lionel Messi gelten als die besten Fußballer der Welt, ausgestattet mit einem herausragenden Talent. Was man so hört, trainieren sie oft mehr als ihre Mannschaftskameraden. Das macht den Weltklasse-Profi aus und unterscheidet ihn vom noch so talentierten Kreisliga-Kicker. (rbr)

## ■ Verbände mit neuem Standort der Arzneimittelagentur zufrieden

Die Europäische Union hat sich für Amsterdam als künftigen Standort der Europäischen Arzneimittel Agentur (EMA) ausgesprochen. „Amsterdam erfüllt alle geforderten Kriterien, um die täglichen Aufgaben der Agentur reibungslos fortzuführen“, kommentierte der Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Dr. Martin Zentgraf, die Brüsseler Entscheidung. Dazu gehöre, dass in Amsterdam genügend internationale Schulen für die Kinder der Mitarbeiter bereit stünden, dass ihre Familien ausreichenden Zugang zu medizinischer Versorgung in ihrer Muttersprache hätten und die Ehepartner Jobs in der Region fänden. Zweidrittel der knapp 900 EMA-Mitarbeiter hatten sich in einer Umfrage zu einem Umzug nach Amsterdam bereit erklärt. Auch der Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller (BAH) begrüßt, dass nun die Standortfrage geklärt ist. „Wir bedauern zwar, dass Bonn nicht der neue Standort der EMA werden wird. Gleichwohl ist Amsterdam eine gute Wahl“, sagte Dr. Elmar Kroth, Geschäftsführer Wissenschaft beim BAH. Die EMA muss wegen des Austritts Großbritanniens aus der EU seinen Sitz aus London verlegen.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Skandal um gestreckte Krebsmittel: Auszeichnung für Apothekenmitarbeiter

Der Volkswirt Martin Porwoll und die Pharmazeutisch-Technische Assistentin Maria-Elisabeth Klein aus Bottrop haben den „Whistleblower-Preis 2017“ bekommen. Die beiden wurden für ihre Enthüllungen über die in einer Apotheke in Bottrop offenbar jahrelang praktizierte illegale Panscherei mit **Krebsmedikamenten** geehrt. Der Fall sorgt bundesweit für Schlagzeilen. Der Besitzer der Apotheke muss sich zur Zeit vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Essen wirft ihm vor, Krebsmedikamente für rund 7.300 Patienten gestreckt und die Krankenkassen um 56 Millionen Euro betrogen zu haben. Porwoll und Klein waren seit 2014 in der Apotheke tätig, die mit rund 90 Mitarbeitern und rund 50 Millionen Euro Jahresumsatz einer der wichtigsten Arbeitgeber der Stadt ist. Die Auszeichnung wurde zum zehnten Mal von der International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA) und der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler verliehen. Der Whistleblower-Preis soll Personen, die Skandale aufdecken, unterstützen und die Öffentlichkeit sensibilisieren. Er ist mit 3.000 Euro dotiert, durch Zustiftungen wurden 11.000 Euro vergeben.

Infos: [www.vdw-ev.de](http://www.vdw-ev.de)

## ■ Manipulationen bei Organtransplantation – Kommission zieht positive Bilanz

Die verschärfte Überprüfung deutscher Transplantationszentren hat zu einem deutlichen Rückgang der Manipulationen bei der Organvergabe geführt. Für die allermeisten Kliniken sei es selbstverständlich, sich an die von der Bundesärztekammer (BÄK) aufgestellten Richtlinien zu halten, machten die Mitglieder der Prüfungs- und der Überwachungskommission bei der Vorstellung des Jahresberichts 2016/2017 deutlich. Die Kommissionen haben im Berichtszeitraum 59 Transplantationsprogramme anhand von mehr als 1.900 Organempfängern daraufhin überprüft, ob bei den Anmeldungen zur Warteliste und insbesondere bei den Hochdringlichkeitsanträgen gegen die Richtlinien verstoßen wurde. In den Jahren 2013 bis 2015 hatten die Kommissionen in den Universitätskliniken Berlin, Göttingen und Essen noch Auffälligkeiten festgestellt. „Wir werden auch künftig jeder Unregelmäßigkeit nachgehen, um so das Vertrauen in die Organspende weiter zu stärken“, erklärte der Vorsitzende der Überwachungskommission, Hans Lippert. Verschiedene Skandale hatten in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Rückgang der Organspenden geführt.

Infos: [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Mehr Empfängnisverhütung in armen Ländern

Zwischen Juli 2016 und Juli 2017 hat es durch Pille, Kondom oder Langzeit-spritze nach Angaben des weltweiten Netzwerk „Familyplanning 2020“ (FP2020) in den 69 ärmsten Ländern der Welt 84 Millionen ungewollte Schwangerschaften weniger gegeben. Über 309 Millionen Mädchen und Frauen hätten mittlerweile Zugang zu Empfängnisverhütung, fast 39 Millionen mehr als 2012. Auch 26 Millionen unsichere Abtreibungen und 120.000 Todesfälle von Müttern seien so verhindert worden. FP2020 hilft in Abstimmung mit der UN-Initiative „Every Woman every Child“ armen Staaten dabei, eigene Gesundheitsprogramme aufzubauen oder zu verbessern. 1,2 Milliarden US-Dollar flossen 2016 in die zumeist bilateralen Programme.

Infos: [www.familyplanning2020.org](http://www.familyplanning2020.org)

## ■ Krankenkasse muss Blindenhund genehmigen

Eine 73-jährige blinde Frau mit Multipler Sklerose hat vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen auch in zweiter Instanz Recht bekommen. Ihre Krankenkasse muss ein Blindenhund bewilligen. Die Erkrankung der Frau sei kein Hindernis für die Versorgung des Hundes, urteilte das Gericht und bestätigte damit einen Richterspruch des Sozialgerichts Lüneburg aus erster Instanz. Gutachter hätten der Frau eine ausreichende körperliche Konstitution attestiert. Sie könne auch am Rollator einen entsprechend trainierten Hund führen. Ein bisher genutzter Blindenstock sei nicht ausreichend. Die Frau hatte den Hund bei der Kasse beantragt, weil sie wegen der Kombination aus Gehbehinderung und Blindheit Probleme beim Finden von Eingängen, Briefkästen oder Geschäften hatte.

Infos: [www.deiure.org](http://www.deiure.org)

## ■ Umfrage: Digitalisierung erzeugt mehr Arbeitsdruck in Kliniken

Nur eine kleine Minderheit der Mitarbeiter in Krankenhäusern empfindet digitale Technik als Entlastung. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Mehr als 500 Pflegekräfte, knapp 40 Ärzte und rund 100 weitere Klinikangestellte seien im vergangenen Jahr befragt worden. Ein Drittel gab demzufolge an, dass die Digitalisierung ihrer Arbeit nicht zu Entlastung, sondern zu mehr Hetze und Arbeitsverdichtung führe. Auch wenn fast 90 Prozent der Beschäftigten neuen Technologien wie etwa elektronischen Patientenakten aufgeschlossen begegneten und Vorteile in der Behandlung der Patienten erkennen würden, nähmen sie diese eher als Zusatzaufgabe wahr.

Infos: [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Vorschau

G+G | 12/2017

Gesundheit und Gesellschaft

### Cannabis macht Karriere

Ärzte können Schmerzpatienten Cannabis als Medizin verordnen. Doch es gibt keine Nachweise für die Wirksamkeit und Sicherheit der Substanz, berichtet Bettina Dubbick

### Kleines Einmaleins der Sterbebegleitung

Sterbende Angehörige zu Hause begleiten: In Letzte-Hilfe-Kursen lernen auch Laien, wie sie ihre Lieben bis zum Lebensende gut umsorgen. Eine Reportage von Silke Heller-Jung und Olaf Hermann (Fotos)

### „Wir müssen über Qualität sprechen“

Klinikstrukturen, hausärztliche Versorgung, Pflege: Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann macht im G+G-Interview deutlich, wie und wo das Gesundheitswesen besser werden kann.

### GKV-Finanzentwicklung: 1.–3. Quartal 2017\*

	GKV	AOK	BKK	IKK	EK
Ärztliche Behandlung	3,9	3,0	2,7	4,0	5,0
Behandlung durch Zahnärzte (ohne Zahnersatz)	1,1	1,7	1,9	-0,2	0,7
Zahnersatz	-0,4	-0,4	-2,0	0,3	-0,6
Arzneimittel	2,5	0,5	1,1	3,8	3,9
Hilfsmittel	1,3	-0,9	1,6	2,5	3,1
Heilmittel	4,5	2,7	1,0	17,7	4,0
Krankenhausbehandlung	1,2	-0,4	-0,9	2,7	2,8
Krankengeld	3,7	4,7	3,0	2,6	4,4
Fahrtkosten	4,9	2,7	0,9	10,6	7,1
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	1,3	2,3	-1,1	2,4	0,3
Früherkennungsmaßnahmen	4,1	6,5	3,6	3,8	2,1
Häusliche Krankenpflege	4,9	2,7	-2,2	13,7	7,2
Ausgaben für Leistungen insgesamt	2,4	1,1	0,8	3,6	3,5

In den ersten neun Monaten 2017 haben die Krankenkassen einen Überschuss von rund 2,52 Milliarden Euro erzielt. Damit stiegen die Finanzreserven bis Ende September auf rund 18,6 Milliarden Euro. Nach den ersten beiden Quartalen hatte der Überschuss bei 1,41 Milliarden Euro gelegen. Alle Kassenarten konnten ihr Finanzergebnis im Jahresverlauf Quartal für Quartal verbessern.

\*Ausgaben der Krankenkassen im Vergleich zum 3. Quartal 2016 (Quelle: KV 45, BMG)

## ■ Immer mehr Krebserkrankungen in Deutschland

Angesichts der alternden Bevölkerung häufen sich die Krebsfälle in Deutschland. Zwischen 2004 und 2014 habe die Zahl der Neuerkrankungen bei Männern um sechs Prozent, bei Frauen um neun Prozent zugenommen, teilte das **Robert Koch-Institut (RKI)** mit. Die Zahlen kommen aus dem Bericht „Krebs in Deutschland“, der alle zwei Jahre erscheint. Erarbeitet wird er vom Zentrum für Krebsregisterdaten (ZfKD) des RKI, das die Daten der Landeskrebsregister auf Bundesebene sammelt, und von der Gesellschaft der Epidemiologischen Krebsregister in Deutschland. Demnach gab es 2014 schätzungsweise 476.000 Krebsneuerkrankungen, davon etwa 249.200 bei Männern und 227.000 bei Frauen. Am häufigsten betroffen sind den Angaben zufolge Brustdrüse, Darm, Prostata und Lunge. Nach Schätzungen des ZfKD lassen sich derzeit etwa 16 Prozent aller Krebserkrankungen in Deutschland pro Jahr dem Rauchen zuschreiben. Die Deutsche Krebshilfe machte unlängst den Vorschlag, Filme mit Raucher-Szenen ins Nachtprogramm zu schieben.

Infos: [www.krebsdaten.de](http://www.krebsdaten.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

#### «BLICKPUNKT HINTERGRUND»

### ■ Qualitätsmonitor 2018: Viele vermeidbare Todesfälle bei Krebs-OPs

**Nicht wenige Patienten sterben zu früh, weil sie in Kliniken operiert werden, die zu wenig Erfahrung mit komplizierten Krebs-OPs haben. Das ist das Ergebnis des Qualitätsmonitors 2018. Erstellt haben die Analyse das Wissenschaftliche Institut der AOK (WiDO), der Verein Gesundheitsstadt Berlin und die Initiative Qualitätsmedizin (IQM). Das gilt für sämtliche operativen Eingriffe bei allen fünf untersuchten Krebsarten.**

„In Deutschland gibt es immer noch viel zu viele Kliniken, die nur hin und wieder mal eine komplizierte Krebs-Operation durchführen“, sagt Prof. Dr. med. Thomas Mansky, Leiter des Fachgebietes Strukturentwicklung und Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen der Technischen Universität (TU) Berlin und einer der Autoren des Qualitätsmonitors.

#### » Methodisches Vorgehen

Lag ein Schwerpunkt des Qualitätsmonitors 2017 vor einem Jahr lediglich auf Brustkrebs-OPs, beleuchtet der Qualitätsmonitor 2018 auch Darmkrebs, Blasenkrebs, Speiseröhrenkrebs, Bauchspeicheldrüsenkrebs und Lungenkrebs. „Zunächst haben wir uns anhand einer unabhängig durchgeführten Studie unseres Fachgebiets an der TU Berlin in Bezug auf diese fünf Krebs-Operationen die Fallzahlverteilung angeschaut“, erläutert Mansky das Vorgehen seines Teams. Die Gesamtzahl der Patienten wurde anschließend nach Behandlungshäufigkeit der Kliniken auf fünf Gruppen mit annähernd gleicher Fallzahl verteilt.

Auf Basis der vollständigen Krankenhausabrechnungen von 2009 bis 2014 für insgesamt 25 Behandlungen haben die Wissenschaftler ausgewertet, ob ein Zusammenhang zwischen Fallzahl und Krankenhaussterblichkeit festzustellen ist. „Der Anteil der Todesfälle nach einer OP bildet quasi die ‚Spitze des Eisbergs‘ der möglichen Komplikationen und negativen Folgen einer OP“, erklärt Mansky. Das Ergebnis: Für 20 Eingriffsarten, darunter die erwähnten fünf Krebs-Operationen, konnte ein Zusammenhang von Fallzahl und Sterblichkeit nachgewiesen werden.

#### » Erfahrung, Spezialisierung und Zentralisierung retten Leben

In einem weiteren Schritt wurde berechnet, welche Fallzahl die Krankenhäuser für diese Behandlungen mindestens erreichen müssten, damit das Sterblichkeitsrisiko für die Patienten geringer ausfällt als im bundesweiten Durchschnitt aller deutschen Kliniken. Diesen Schwellenwert haben die Wissenschaftler genutzt, um zu schätzen, wie viele Todesfälle pro Jahr vermieden werden könnten, wenn entsprechende Mindestmengen eingeführt würden. Es handelt sich also um rein rechnerisch ermittelte Mindestmengen.

Die Ergebnisse bei allen betrachteten Krebs-OPs sind ähnlich ernüchternd wie vor Jahresfrist bei Brustkrebs: In Deutschland gibt es immer noch viel zu viele Kliniken, die nur hin und wieder eine dieser komplizierten OPs durch-

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

führen. So wurde ein Fünftel der Darmkrebspatienten in insgesamt 492 Kliniken behandelt, die im Durchschnitt nur 23 dieser OPs pro Jahr durchführen. In diesen 492 Kliniken lag das Risiko, infolge einer solchen OP zu sterben, um 59 Prozent höher als in den 71 Kliniken mit den meisten OPs. Hier lag die durchschnittliche Fallzahl bei 141 OPs, also gut sechsmal so hoch. Führte man für Darmkrebs-OPs die rechnerisch ermittelte Mindestmenge von 82 OPs ein, könnte man die mittlere Sterblichkeit in Deutschland relativ um 8,6 Prozent verringern, so Manskys Prognose. Das entspräche 280 vermeidbaren Todesfällen pro Jahr.

Ein ähnliches Bild zeichnet Mansky für die anderen Krebsarten, auch wenn hier, wie er selbst einschränkt, die Fallzahlen niedriger liegen, weil diese Eingriffe seltener vorkommen: „Bei Bauchspeicheldrüsenkrebs und Speiseröhrenkrebs ist der relative Anteil der vermeidbaren Todesfälle auf Basis der rechnerischen Mindestmenge mit etwa 25 Prozent besonders hoch.“ Durch eine Mindestmenge von 22 OPs pro Jahr ließen sich etwa beim Speiseröhrenkrebs 25,4 Prozent der Todesfälle infolge der OP vermeiden. Das entspräche 65 Patienten pro Jahr. Und ebenfalls knapp ein Viertel (24,5 Prozent) ergibt sich beim Bauchspeicheldrüsenkrebs. Hier hätten im statistischen Mittel 124 Todesfälle pro Jahr vermieden werden können, wenn alle Patienten in einer Klinik mit mindestens 29 OPs pro Jahr behandelt worden wären.

#### » Fokus Lungenkrebs: Erhebliche regionale Unterschiede

Einen genaueren Blick wirft die Analyse auf Lungenkrebs-Operationen. Hier zeigt sich bei der Fallverteilung das gleiche Bild wie bei den anderen Krebs-OPs: Ein Fünftel der Patienten wird in insgesamt 260 Kliniken behandelt, die im Durchschnitt nur fünf dieser OPs pro Jahr durchführen. Zum Vergleich: Die Deutsche Krebsgesellschaft fordert als Voraussetzung für die Zertifizierung von Lungenkrebszentren eine Mindestzahl von 75 Operationen pro Jahr. Der Anteil der deutschen Kliniken, die diese OP-Zahl bei den anatomischen Lungenresektionen erreichen, liegt bei unter 20 Prozent. Welche Auswirkungen eine Zentralisierung dieser Eingriffe hätte, zeigt die Auswertung auf Basis der rechnerisch ermittelten Mindestmenge von 108 Eingriffen pro Jahr. Bei Einführung einer solchen Mindestmenge könnte die Zahl der Todesfälle um etwa ein Fünftel sinken – von 361 auf 287 Todesfälle pro Jahr.

Die Untersuchung fördert auch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern bei einer möglichen Zentralisierung der Thoraxchirurgie zu Tage. Basis für diese Auswertung waren die Qualitätsberichte der deutschen Krankenhäuser aus dem Jahr 2015. Der Anteil der Patienten, die in Kliniken mit mehr als 75 anatomischen Lungenresektionen pro Jahr behandelt werden, ist in Berlin mit 97 Prozent besonders hoch. In Mecklenburg-Vorpommern wird dagegen nur ein Viertel der Patienten in solchen Krankenhäusern behandelt. Besonders viele Kliniken mit unter 75 anatomischen Lungenresektionen pro Jahr gibt es in Nordrhein-Westfalen mit 90 und Bayern mit 60 Kliniken. Offenbar gibt es bei diesem Thema in vielen Ländern noch erheblichen Handlungsbedarf.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)